Pressemitteilung

Hinter Offenem Brief zum BIPAM vereinen sich mehr als 150 Organisationen und Einzelpersonen

Berlin, den 21.11.2023 | In einem Offenen Brief wenden sich Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorstandsvorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband und von Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V., und Dr. Thomas Götz, Staatssekretär a.D., an Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach. Sie kritisieren darin die konzeptionelle Ausrichtung des im Koalitionsvertrag verankerten „Bundesinstituts für Öffentliche Gesundheit". Viele bedeutende Verbände, Fachgesellschaften und Netzwerke, so etwa der Paritätische Gesamtverband, AWO und Diakonie, die Aidshilfe und das Deutsche Netzwerk für Versorgungsforschung, und mehr als 100 namhafte Persönlichkeiten, darunter Prof. Dr. Ilona Kickbusch, haben den Brief bereits unterzeichnet.

Der Brief entstand in Reaktion auf die Anfang Oktober durch Gesundheitsminister Lauterbach im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellten Pläne zur Einrichtung eines „Bundesinstitutes für Prävention und Aufklärung in der Medizin" und ergänzt andere Stellungnahmen, die bislang erschienen sind, etwa die der DGPH und DGSMP (PM vom 10.10.2023) oder des Zukunftsforums Public Health (Stellungnahme vom 15.11.2023).

„*Mit dieser Namensgebung*", so Rosenbrock und Götz, „*wird (…) der gesamte Bereich der Gesundheitsförderung, Verhältnisprävention und der Prävention in Lebenswelten ausgeschlossen, der seit Jahrzenten international als wirksamste Intervention zur sozialkompensatorischen Verminderung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen gilt.*"

Insbesondere wird angemahnt, dass in den vorgestellten Eckpunkten Gesundheit im umfassenden Sinne nicht übergreifend in allen Politikressorts mitgedacht wird. „Health in all Policies" sei bis heute keine gelebte politische Praxis, obwohl für die Gesundheit der Bevölkerung ihre Lebensbedingungen deutlich wichtiger seien als medizinische Prävention und Versorgung im Krankheitsfall. „*Was es mehr braucht als Aufklärung und Prävention in der Medizin, ist eine ganzheitliche, krankheitsübergreifende, an einem dynamischen Verständnis von Gesundheit und Wohlbefinden ausgerichtete Strategie, die sich bereits im Namen des Institutes widerspiegelt und nicht verschämt selbst auf den Begriff Gesundheit verzichtet*", so das Fazit. Rosenbrock und Götz plädieren stattdessen für ein „Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit" als Koordinierungsstelle der regional, lokal und zielgruppen- und lebensweltspezifisch differenzierten Gesundheitsförderung und Prävention.

Sie rufen das Bundesministerium für Gesundheit auf: „*Herr Minister Lauterbach, lassen Sie uns gemeinsam wagen, Gesundheit breiter, weiter und nachhaltiger zu denken und die Weichen für eine Zukunft zu stellen, in der Gesundheit und Wohlbefinden als Menschenrecht von allen gelebt werden kann und in der Deutschland auch einen international sichtbaren Leuchtturm bauen könnte.*"

Hier finden Sie den offenen Brief in voller Länge: www.gesundheitbb.de/presse

Pressekontakt: Marion Amler | Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V. | Leiterin der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit | Friedrichstraße 231 | 10969 Berlin | Mail: amler@gesundheitbb.de | Tel.: (030) 44 31 90 72 | www.gesundheitbb.de | LinkedIn